



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

Resolution

Solidarität mit der türkischen Bildungsgemeinschaft

Verabschiedet von der EGBW-Konferenz, der Regionalkonferenz der
Bildungsinternationalen, auf der Tagung vom 6. - 8. Dezember 2016 in Belgrad

Die EGBW-Konferenz

Hält Folgendes mit Besorgnis fest:

1. Die Teilung und Instabilität der türkischen Gesellschaft als Folge des Misstrauens und der Angst, die das autoritäre Regime der türkischen Regierung gegenwärtig im Land verbreitet;
2. Die zunehmenden Verstöße gegen Menschen- und Gewerkschaftsrechte in der Türkei, die Missachtung von Grundfreiheiten, z.B. des Rechts auf freie Meinungsäußerung, und die Verletzung der Lern- und Lehrfreiheit, insbesondere seit der Unterzeichnung der Friedenserklärung ‚Wir werden bei diesem Verbrechen nicht mitmachen‘ ([‘We will not be a party to this crime’](#)) durch türkische Wissenschaftler;
3. Die Erosion des Grundsatzes einer hochwertigen Bildung für alle durch das Beschränken der Einbindung von Bildungsgewerkschaften bei allen den Bildungsbereich betreffenden Entscheidungen sowie das Negieren der Lern- und Lehrfreiheit, und ebenso die undemokratischen Repressalien der türkischen Regierung, insbesondere dort, wo diese sich unter dem Vorwand des Ausnahmezustands gegen die Bildungsgemeinschaft richten;
4. Die Bedrohung demokratischer Prozesse und Grundlagen und der Gerechtigkeit, die von der Missachtung und Nichtanerkennung der Werte und Grundsätze der Europäischen Union durch die türkische Regierung ausgeht. Indem man türkischen StaatsbürgerInnen Grundrechte, u.a. auch das Recht auf Bildung, verwehrt, setzt man die Entwicklung und Zukunft von Kindern und Jugendlichen aufs Spiel. Bildungsbeschäftigte müssen mit Arbeitsbedingungen leben, die ein angemessenes und gesundes Arbeitsumfeld nicht zulassen und die ihnen die Erbringung hochwertiger Dienstleistungen unmöglich machen. Schüler und Studierende können weder die Schule oder Universität besuchen, noch haben sie die Möglichkeit, sich in einer sicheren und kreativen Lernumgebung zu bilden.
5. Die Nichtbeachtung internationaler Gesetze und Übereinkommen, die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit vorsehen und zusichern und die von der Türkei ratifiziert wurden.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Verurteilt:

6. Die türkische Regierung, weil sie den gescheiterten Putschversuch ausnutzt, um (a) ihre undemokratischen und autoritären Maßnahmen gegen die türkische Bildungsgemeinschaft und (b) den Machtmissbrauch zu rechtfertigen, mit dem sie gegen diejenigen vorgeht, die sich nicht scheuen, ihre Stimme zu erheben, um für Demokratie, hochwertige Bildung und angemessene Arbeitsbedingungen für Bildungsbeschäftigte einzutreten;
7. Die strenge Kontrolle der Funktionen und Tätigkeiten von Bildungsbeschäftigten und BildungsgewerkschafterInnen durch die türkische Regierung, die dazu führt, dass das Bildungswesen des Landes stagniert und sich zurückentwickelt. Durch die Verletzung der Rechte und Freiheiten von Bildungsbeschäftigten wird das repressive Regime der türkischen Regierung und deren Widerwille gegen das Pflegen eines demokratischen Geistes der Unabhängigkeit weiter verfestigt;
8. Die unbegründeten Strafverfolgungen, Vorwürfe und Anschuldigungen gegen türkische Bildungsbeschäftigte, begleitet von einer steigenden Zahl ungerechtfertigter Entlassungen aufgrund von Mutmaßungen über die angebliche Verstrickung der Betroffenen in die Fethullahistische Terrororganisation (FETÖ), im Anschluss an den gescheiterten Putschversuch. Während die Entlassungen, Suspendierungen und der Entzug der Lehrerlaubnis Männer und Frauen gleichermaßen betreffen, sind vor allem Frauen von diesen Willkürmaßnahmen der Regierung betroffen, die einen großen Anteil der Bildungsbeschäftigten in der Türkei ausmachen. Die Frauen erleben gerade, dass ihnen der Zugang zu grundlegenden Arbeitnehmerrechten und -freiheiten, wie etwa Arbeitsfreiheit und Rentenansprüche, vorsätzlich verwehrt wird;
9. Das Fehlen eines echten Sozialdialogs als Schlüsselmechanismus für die Verbesserung des Bildungssystems und die Förderung einer hochwertigen Bildung für alle Kinder und Jugendlichen in der Türkei untergräbt die Achtung und Anerkennung der Bildungsgewerkschaften als berufsständische Organisationen und Sozialpartner, die jedoch für einen effektiven und demokratischen Bildungssektor Voraussetzung ist;
10. Die Missachtung der in Artikel 11 der [Europäischen Menschenrechtskonvention](#) niedergelegten Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die deutlich zeigt, wie gleichgültig die türkische Regierung den Eckpfeilern der europäischen Gesellschaft gegenübersteht, die aber von jedem Land, das EU-Beitrittskandidat ist, gefördert und beachtet werden sollten;
11. Die Spaltung, die die türkische Regierung mit ihrer Hexenjagd dem türkischen Volk aufgezwungen hat; sie hemmt die demokratische Entwicklung des Landes und führt zur Verbreitung von Misstrauen und Furcht sowie zu weiteren politischen Unruhen und Turbulenzen.



Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Stellt fest:

12. Die Regierungen sollten erkennen, wie eng die Förderung hochwertiger Bildung mit der Lern- und Lehrfreiheit und mit einer prosperierenden Gesellschaft zusammenhängt, in der die Lese- und Schreibkompetenz und hohe Qualifikationen das Wohl der Bürger und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes gewährleisten. Dementsprechend sollten die Regierungen in enger Zusammenarbeit mit den Bildungsgewerkschaften für die Lehr- und Forschungsfreiheit von Hochschul- und Forschungseinrichtungen eintreten;
13. Zur Qualität in der Bildung gehören unter anderem auch angemessene Arbeitsbedingungen für Bildungsbeschäftigte und die Achtung ihrer Menschen- und Arbeitnehmerrechte.
14. Die Beratung mit den Sozialpartnern, zusammen mit der Achtung ihrer Autonomie und der Anerkennung ihrer Rolle gemäß [Artikel 152 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union](#), ist der Schlüssel dafür, dass Länder sich demokratisch und nachhaltig entwickeln;
15. Die türkische Regierung ist für die Achtung der Grundfreiheiten, u.a. auch der Freiheit der Meinungsäußerung, und den Schutz und die Förderung universeller Menschenrechte direkt verantwortlich. Die Missachtung von Grundfreiheiten und diktatorische Vorgehensweisen führen dazu, dass die Gesellschaft sich zurückentwickelt;
16. Die öffentliche Finanzierung von Bildung sollte für jede Regierung eine Priorität darstellen. Statt die Verfolgung und das rechtswidrige Entlassen türkischer Bildungsbeschäftigter fortzusetzen, sollte die türkische Regierung sich stärker darum bemühen, den Bürgern, Flüchtlingen und Asylbewerbern in der Türkei Zugang zu einer hochwertigen Bildung zu garantieren.

Begrüßt:

17. Die Solidarität, die die EGBW-Mitgliedsorganisationen im Hinblick auf die kritische Situation im türkischen Bildungssektor gegenüber türkischen KollegInnen und anderen BildungsgewerkschafterInnen gezeigt haben;
18. Die Bereitschaft der EGBW-Mitgliedsorganisationen zur Verteidigung der Rechte und Grundfreiheiten türkischer KollegInnen, zusätzlich zu ihrem Engagement für die Einbeziehung der nationalen Regierungen bei dem Bemühen, den von der türkischen Regierung ergriffenen repressiven und radikalen Maßnahmen ein Ende zu bereiten.



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

Bekräftigt das Bekenntnis des EGBW und seiner Mitgliedsorganisationen dazu,

19. Ihre jeweiligen türkischen KollegInnen weiterhin zu unterstützen und sich an Aktionen zu beteiligen, die darauf abzielen, Qualität in der Bildung wie auch die türkischen Bildungsbeschäftigten und deren Rechte und Freiheiten zu verteidigen, um eine hochwertige Bildung in der Türkei zu gewährleisten;
20. Gegen ungerechtfertigte Strafverfolgungen und Verhaftungen türkischer KollegInnen weiterhin zu protestieren, alle Strafmaßnahmen, wie Beurlaubungen und Entlassungen, die die türkische Regierung gegen LehrerInnen, Bildungspersonal, WissenschaftlerInnen und ForscherInnen verhängt hat, sofort aufzuheben und die Rückkehr zu ihren früheren Positionen zu erreichen;
21. Bei den nationalen Regierungen weiterhin darauf zu dringen, auf die türkische Regierung mehr Druck auszuüben;
22. Weitere Anstrengungen auf europäischer Ebene zu unternehmen, sich mit den Institutionen der Europäischen Union, dem Europarat und sonstigen europäischen Einrichtungen, ebenso wie mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB), den europäischen Gewerkschaftsverbänden und anderen Organisationen auf Europaebene, gemeinsam dafür einzusetzen, dass die Achtung vor universellen Rechten und Werten sowie vor demokratischem Staatsbürgertum und den Instrumenten des sozialen Dialogs in der Türkei geschützt und gewährleistet wird;
23. Die Entwicklungen in der Türkei weiterhin genau zu beobachten mit dem Ziel, das Bewusstsein für die kritische Situation des türkischen Bildungsbereich bei den eigenen Mitgliedern wachzuhalten und die Hilfe, die für eine vielversprechende Zukunft türkischer Kinder und Jugendlicher nötig ist, in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit zu rücken;
24. Türkische KollegInnen, die mehr Transparenz in der öffentlichen Verwaltung fordern und damit sicherstellen wollen, dass alle die Bildung betreffenden Entscheidungen einer öffentlichen demokratische Kontrolle unterliegen, weiterhin zu unterstützen.